

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Müllereische Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Zusatztagegebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für höchste Werbepreise und sonstig geachteten Inserenten oder durch Fernpost aufgebender Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Außen, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 110a

Dienstag, den 17. September 1929

31. Jahrg.

129] **Wittwoch, den 18. September, um 18 Uhr**

Feuerwehr-Hauptübung.

Sämtliche Mannschaften der Pflichtfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr sind zur Teilnahme verpflichtet. Versammlungs werden unachtsamlich bestrast.

Sammlort: Strigenhaus.

Kemberg, den 13. September 1929.

128] **Die Polizeiverwaltung.**

Diege.

Sparprämien-Verteilung.

Vorausichtlich in der Zeit vom 14. bis 30. September wird bei unserer Sparkasse

die erste Million Spareinlagen erfüllt.

Zur Förderung der Sparsamkeit legen wir für die 3 letzten Einleger der ersten Million und für die 8 ersten Einleger der zweiten Million angemessene Prämien aus. Sie werden den Sparbüchern zugeschrieben.

Wir bitten um rege Beteiligung.

Kemberg, den 11. September 1929.

129] **Der Stadtparkassenvorstand.**

Diege, Vorsitzender.

Neues in Kürze.

* Die Reichsregierung veröffentlicht den Vorkauf der politischen Vereinbarung über die Rheinlanddrängung und die deutsch-französischen Saarverhandlungen.

* Wegen der Reform der Arbeitslosenversicherung wurde in Verhandlungen der Reichsregierung mit Vertretern der Länder ein vorläufiges Kompromiß geschlossen, das bereits am Montag dem Reichsrat beschlüsselt wird.

* Die Zahl der deutschen Großstädte beträgt zur Zeit 30, in denen etwa 30 Prozent der deutschen Bevölkerung leben.

* Wie das Statistische Reichsamt mittelt, ist jetzt auch ein westliches Komromiß geschlossen, das bereits am Montag dem Reichsrat beschlüsselt wird.

Zollfrieden?

Aus den theoretischen Wälferbundsdebatten sollen sich allmählich praktische Pläne heraus. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß nach der Vereinigung der politischen Streitfragen Europas, die von der Haager Konferenz vorbereitet worden ist, die wirtschaftlichen Probleme in den Vordergrund treten mußten. Briand's Anregung, auf eine Vereinigung der europäischen Staaten hinzuwirken, ist ja nichts anderes als diese Bedeutung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die nach dem politischen Streit der letzten Jahre die internationalen Beziehungen beherrschen werden. Aber Briand hat seine erste so zuversichtlich und großzügig klingende Anregung wieder abgeschwächt, der Plan einer Vereinigung der europäischen Staaten ist noch so ungenau, es scheint noch so sehr das Ziel einer Sicherung der französischen Vormachtstellung mit wirtschaftlichen statt politischen Mittel zu verfolgen, daß man es eben nur mit einem Projekt und mit nichts anderem zu tun hat. Die großzügig klingenden Vorschläge von Gesamtlösungen hatten ja meist einen viel weniger konkreten Inhalt als die Verträge, durch Lösung von Einzelfragen und etappenweisen Fortschreiten neue Entwürfen herbeizuführen. Infolgedessen sind weit eher als Briand's Anregung die anderen Pläne zu werden, die jetzt in Genf vorgebracht worden sind, und die eine allmähliche wirtschaftliche Annäherung vorsehen.

Unter diesen Plänen stellt die Hauptrolle das Projekt eines zweijährigen Zollfriedens, das zuerst von Belgien und später von den Engländern vorgebracht worden ist. Man denkt dabei an eine Konvention, durch die sich alle beteiligten Staaten verpflichten würden, während eines Zeitraumes von zwei Jahren keine Zollserhebungen vorzunehmen. Man will die in Genf vertretenen Regierungen auffordern, bis Ende November grundsätzlich zu diesem Projekt Stellung zu nehmen, damit dann das Sekretariat des Wälferbundes die Antworten der einzelnen Regierungen bearbeiten und für den Januar eine internationale Regierungskonferenz vorbereiten kann, deren Aufgabe es sein müßte, die Richtlinien dieses Zollfriedens auszuarbeiten. Das Projekt sieht auf den ersten Blick nicht ungünstig aus. Es würde selbstverständlich eine Verabingung der Wirtschaftsverhältnisse in Europa bedeuten, wenn die einzelnen nationalen Wirtschaftsfragen für einen längeren Zeitraum faktualiter könnten, ohne die Liebermann's

durch neue Zollserhebungen mit in Rechnung stellen zu müssen. Sobald man aber die Umstände betrachtet, unter denen dieser Zollfrieden verwirklicht werden soll, ergeben sich mancherlei Bedenken. Zunächst ist der Zeitraum von zwei Jahren doch recht kurz gewählt, um wirklich eine Verabingung des Wirtschaftslebens eintreten zu lassen.

Die Vereinbarungen und Beschlüsse des Wälferbundes haben immer das Ziel gehabt, den bestehenden Zustand zu befestigen, ohne Rücksicht darauf, daß dieser bestehende Zustand recht ungleiche Verhältnisse für die einzelnen Staaten mit sich bringt. Es kann nicht das Ziel eines solchen Zollfriedens sein, diese Ungleichheit der Verhältnisse zu verewigen. Man weiß, daß die Mehrzahl der europäischen Staaten in der letzten Zeit eine ausgesprochene Sozialisierungspolitik befolgt, die Ziele in regelmäßigen Abschnitten geteigert hat — allen Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenzen zum Trost. Man weiß aber auch, daß andere Staaten in dem Bestreben, zu einem Abbau der Zollbarrieren zu kommen, ihre eigenen Zolltarife möglichst niedrig hielten. Soll nun ein Zollfrieden diese niedrigen Tarife für einen, jene hohen Tarife der anderen Staaten auf Jahre hinaus festlegen? Müßte nicht die Voraussetzung eines solchen Zollfriedens eine Angleichung der Zollsätze sein? Es geht nicht an, daß man bei dem Abschluß eines Zollfriedens die einzelnen Staaten ungleich behandelt. Daraus ergibt sich, daß auch dieses Projekt, obgleich es viel konkreter erscheint als Briand's Plan einer großen wirtschaftlichen Union, doch noch langer Verhandlungen bedarf, ehe man zu Vereinbarungen kommen kann. Und Verhandlungen, in denen von vornherein eine gleichmäßige Behandlung der Staaten gefordert wird, sind umso dringender notwendig, als ja ein solcher Zollfrieden nicht als Ding an sich betrachtet werden darf, sondern als Vorstufe zu einer allgemeinen internationalen Zusammenarbeit, ebenfalls ob sie unter Briand's Schlagwort der vereinigten Staaten von Europa fallen, oder ob sie einen anderen Namen erhalten wird.

Und noch ein anderes Bedenken ergibt sich. Der Wälferbund hat sich gerade jetzt mit jener Konvention beschäftigt, die eine allgemeine Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote vorlag. Diese Konvention sollte am 1. Januar in Kraft treten, wenn sie von 18 Staaten ratifiziert wäre; bis jetzt haben nur 12 Staaten ratifiziert, und es ist deshalb höchst zweifelhaft, ob jene vor langer Zeit auf dem Wege der Konvention Wirklichkeit werden wird. Es zeigt sich also, wenn auch die Vertreter der einzelnen Staaten in Genf stets viel von der internationalen Zusammenarbeit sprechen, eine deutliche Verzögerungspolitik mancher Regierungen und Parlamente. Auf dieser unruhigen Basis kann man weder einen Zollfrieden aufbauen, noch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Und jene Regierungen, die erstlich die Zusammenarbeit und den Zollfrieden wünschen, sollten sich deshalb zunächst einmal bemühen, die Widerstände ihrer heimatischen Behörden und Parlamente in den Nebenfragen zu überwinden. Das erscheint als dringende psychologische Vorstufe, um das Vertrauen zu schaffen, das die Grundlage jeder großzügigen Zusammenarbeit sein müßte.

Rheinlanddrängung und Saarfrage.

Eine Veröffentlichung der Reichsregierung.

— Berlin, 15. September.

Die Reichsregierung veröffentlicht den Vorkauf der auf der Haager Konferenz getroffenen politischen Vereinbarungen über die Räumung des Rheinlandes und über die Aufnahme deutsch-französischer Verhandlungen wegen der Saarfrage.

Das erste Schriftstück ist eine Vereinbarung der Minister Stresemann, Hymans, Henderson, Briand und des italienischen Vertreters Grandi, die u. a. feststellen, daß die deutsche, belgische und französische Regierungen hinsichtlich der Beobachtung der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages

darüber einig sind, daß die Aufgabe, eine gültige Regelung jener Schwierigkeiten herbeizuführen, von den Kommissionen erfüllt wird, die durch die in Locarno am 16. Oktober 1925 von Belgien und Frankreich mit Deutschland abgeschlossenen Schiedsabkommen errichtet worden sind. Diese Kommissionen handeln gemäß den Befehlen und mit den Befugnissen, die in diesen Abkommen vorgegeben sind. Wenn eine Schwierigkeit der bezeichneten Art entsteht, wird sie entweder der deutsch-belgischen Vergleichskommission oder der deutsch-französischen Vergleichskommission unterbreitet.

Diese Vereinbarung läßt die in solchen Fällen anwendbaren allgemeinen Bestimmungen unberührt; insbesondere bleiben die allgemeinen Befugnisse des Rates und der Bundesversammlung des Wälferbundes, sowie die etwaige Anwendung des Artikels 213 des Vertrags von Versailles über die Invokatio-

nen vorbehalten. Ebenso vertritt sich, daß jede der Signatarmächte des in Locarno geschlossenen Deutsch-belgischen, deutsch-französischen und italienischen Verträge das Recht behält, jederzeit wegen dieser Schwierigkeit gemäß Artikel 4 dieses Vertrages den Wälferbund anzurufen. — Diese Vereinbarung und die Abmachung über die grundsätzliche Räumung des Landes vom 17. Juni 1929 (des Youngplans) sind gegenseitig voneinander abhängig.

Das folgende Schriftstück ist eine Note der Regierungen der Besatzungsmächte an die deutsche Regierung, die die Räumungsbedingungen enthält. Bemerkenswert ist die eindeutige Feststellung, daß

die Räumung der 3. Zone durch die französischen Truppen unmittelbar nach der Ratifikation des Youngplans durch das deutsche und französische Parlament und der Zugangsetzung dieses Planes beginnen wird. Die Räumung wird ohne Unterbrechung und so schnell durchgeführt werden, wie es die notwendigen Bedingungen erlauben; sie wird in jedem Falle spätestens in einem Zeitraum von 8 Monaten, der sich jedoch nicht über das Ende des Monats Juni 1930 hinaus erstrecken darf, beendet werden.

Von darüber hinausgehenden Verhandlungen für die Räumung wird nicht mehr sein, enthalten die amtlichen Haager Schriftstücke kein Wort.

Das folgende Schriftstück ist ein Befähigungsschreiben des Reichsaussenministers. Darauf folgt eine Note, die technische Einzelheiten des Räumungsverganges betrifft.

Abschnitt 5 dieser Note enthält, die deutsche, belgische und französische Regierung sind übereingekommen, daß aus Anlaß der Räumung eine Anleihe für Handlungen erlaubt wird, die mit der Belzung in Zusammenhang stehen. Die Einzelheiten sollen in einer gemeinsamen Vereinbarung von Bevollmächtigten der Regierungen festgelegt werden, die in kürzester Frist in Koblenz zusammenzutreten und ihre Arbeiten für den 1. Oktober 1929 beenden haben. Ebenso sollen die Bevollmächtigten im Geiste der Vereinbarung geeignete Sondermaßnahmen in Aussicht nehmen. Die deutsche Regierung soll feststellen (Abschnitt 6), daß die deutschen Gerichte nicht zuständig sind, Straftatbestände der Besatzungsgerichte zu revidieren. Abschnitt 7 regelt die bekannten finanziellen Fragen. Es folgen weiter gelobte eine belgische und eine englische Note über technische Einzelheiten und Berechnungsmaßnahmen bei der Räumung.

Die Saarverhandlungen.

Von besonderer Wichtigkeit ist der deutsch-französischen Notenwechsel über die Saarverhandlungen. Der amtliche Wortlaut lautet:

Stresemann an Briand:

Mit Beziehung auf unsere Besprechungen über die alsbaldige Lösung der Saarfrage, beehre ich mich, Eurer Excellenz hiermit das beiderseitige Einverständnis darüber zu bekunden, daß unter Vorbehalt der politischen Rechte der Saarbevölkerung die mit dieser Frage zusammenhängenden Einzelheiten zum Gegenstand deutsch-französischer Verhandlungen gemacht werden sollen, die alsbald in Paris beginnen und, soweit irgendmöglich, in einem Zuge zu Ende zu führen sind.

Briand an Stresemann:

Mit Beziehung auf unsere Besprechungen über die alsbaldige Lösung der Saarfrage beehre ich mich, Eurer Excellenz hiermit das beiderseitige Einverständnis darüber zu bekunden, daß unter Vorbehalt der politischen Rechte der Saarbevölkerung die mit dieser Frage zusammenhängenden Einzelheiten zum Gegenstand deutsch-französischer Verhandlungen gemacht werden sollen.

Stand der Arbeitslosenversicherung.

Ein vorläufiges Kompromiß.

— Berlin, 15. September.

An neuen Verhandlungen über Kompromißanträge für die Reform der Arbeitslosenversicherung nahmen neben der Reichsregierung und der preussischen Regierung auch Vertreter von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden teil.

Für die höher entlohnenden Saisonarbeiterernte soll die Beitragserhöhung von 3 auf 4 1/2 Prozent erhöht werden, für alle übrigen Arbeiter, wie schon die Regierung vorschlug, von 3 auf 3 1/2 Prozent. Für ledige Arbeiter unter 45 Jahren soll die Anwartschaftszeit so festgelegt werden, daß erst nach 52 Wochen der Anspruch auf volle Unterstützung erworben wird; bei kürzerer Anwartschaftszeit sollen die Leistungen entsprechend vermindert werden. Die Vorentscheid für Ledige soll, wie in dem Entwurf der Regierung, auf vierzehn Tage ausgedehnt werden.

Zur Deckung des errechneten Fehl Betrags fehlen aber immer noch etwa 30 Millionen Mark. Falls leitens der Länder kein Widerspruch erhoben wird, rechnet man damit, daß das Kompromiß am Montag vom Reichsrat verabschiedet werden kann, worauf es dem Reichstag zugeleitet werden wird.

Langsame Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Nach den endgültigen Berichten der Landesarbeitsämter hat die Zahl der Hauptunterstützungsmittler bei der Arbeitslosenversicherung — die in der Zeit vom 1. bis 15. August zum ersten Mal wieder eine Steigerung aufwies — in der zweiten Monatshälfte in geringem Umfange weiter zugenommen, und zwar von rund 716 000 auf 726 000, d. h. um 9800 Personen oder 1,4 v. S.

Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die Männer, während bei den Frauen auch diesmal noch ein Rückgang zu verzeichnen ist. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger betrug am 31. August 529 500, die der weiblichen rund 196 000.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 16. September 1929

Mutter und Kind.

Jeder Mutter höchste Ehre gilt es sein, ihr Kind ganz zu kennen, sein volles Vertrauen zu besitzen...

Gemäß, alle diese Sorgen sind berechtigt und von allen diesen äußeren Dingen soll keines vernachlässigt werden.

Es ist gar nicht notwendig, daß man sein Kind auf Schritt und Tritte überwacht.

Dieses Vertrauen wird man aber nur dann erlangen, wenn man auch Verständnis für die kindlichen Leiden und Freuden hat.

* Sorgfalt beim Ausstellen der Arbeitsbescheinigung.

Die Bescheinigung, die entlassenen Arbeitnehmern auf Verlangen auszufüllen ist, muß bekanntlich Angaben über die Art des Arbeitsverhältnisses, über seinen Beginn und sein Ende...

Schwindler unterwegs! Unbesorgte Personen versuchen, von Fernpredigern Geldbetrag für kostenpflichtige Güter...

Düben. (Das Verbandswasserwerk an der Mulde.) Zur Daleschen Wasserfrage und ihre Lösung wird aus Halle berichtet.

Leipzig, mit der Drohung und anderen Beförden ein großes Gruppenwasserwerk schaffen, das Halle jeder Sorge um sein Wasser für viele Jahrzehnte enthebt.

Bitterfeld, 13. Sept. Ein Brand auf dem alten Friedhof, der leicht größere Ausdehnung hätte annehmen können...

Bitterfeld, 12. September. (Guter Gang in der Goßkappe.) Vor einiger Zeit veröffentlichten wir Berichte, die das Dören-Unterricht in der Goßkappe behandeln.

Herzberg a. H. (Wer nachts nach?) Eine beneidenswerte Künftigkeit besitzt der Invalide Franz Köhner.

Hoflau. (Der Lebendig-Tote.) Im Anfang August 1927 unternahm ein damals 34 Jahre alter, in Ludwigshafen geborener Kaufmann Richard Göttinger...

Naumburg. (Krausfahrer! Meert Euch das!) Wie von der Krankeingekleidung mitgeteilt wird, machen mehr als zehn Prozent der Krankeingekleidung gegenwärtig Schwerverletzte aus...

Wernigerode, 13. Sept. Ein Autowirt in Wernigerode hat es verstanden, einer französischen Weinfirma im besetzten Gebiet eine treffliche und nachahmenswerte Antwort auf ein Werbegebot zu geben.

Über Gloria ist überzogen, daß sie endlich auch ihre Einwilligung gegeben hätte. Was konnte Frau Volt ihr denn ernstlich vorwerfen?

Verhältnisse gefaßt es jedoch leider nicht, daß wir in dieser Zeit noch französische Exzellenzen kaufen. Solange der Franke unser deutsches Gebiet im Rheinland besetzt hält...

Halle. Eine ganze Zigarettens-Flunder. Ein junger Salzenler sah in einer Konditorei eine Aktienmappe verfallen auf einem Stuhl liegen.

Halle. Erfahrungen eines Impfenaggers. Der Arbeiter Robert Köhler von hier wies nach, sich sein Kind impfen zu lassen, weil ihm ein Berliner Impfgesetz ein Zeugnis ausgestellt hatte...

Halle. 70000 Mark Sachschaden bei einem Großfeuer. Das Schlossermeisters Geschäft an der Braunhauer Straße erlebte Sarghebel Mias, ein Großfeuer.

Merseburg. Die Bürgermeisterversammlung des Bürgermeisters Dr. Meißner für im November ab. Da die Eintragung über die Neubewegung des Bürgermeisters nicht zu erfolgen ist...

Dresden. Urnengräberfeld ausgegraben. In der Nähe von Schnebnitz sind bei Schachtarbeiten vor geistlichkeits Gefäße und Seile etc. gefunden worden.

Dresden. Die Dresdner Oper in Genf. Das Genf Schiller der Dresdner Staatsoper und Staatskapelle wird dieser Tage stattfinden.

Leipzig. Der neue Leiter des Schauspielhauses. Zum Direktor des Sächsischen Schauspielhauses in Leipzig wurde an Stelle des nach Frankfurt a. M. abgewanderten Dr. Kronauer der künstlerische Leiter und Theaterleiter am Bremer Schauspielhaus Detlev Sieck ernannt.

Leipzig, 30. Mieter in einer Wohnung... Einen treuen Wohnungswindler leistete die Tochter eines vor kurzem gestorbenen Ehepaares in der Galtstraße.



Unter Sonnenstein

Roman von Erich Ebenstein

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Die alte Marie wusch sich mit dem Handrücken über die Augen, fährt dann fort:

„Dabei blieb es dann, und es wurde nicht weiter geredet über die Sache. Der Biegler wurde nur gelacht, du leist ein Findling unbekannter Herkunft, den Saulenweins als eigen befehlen wollten.“

Damit schloß sie die alte Magd leise, wie sie gekommen ist, zur Tür hinaus.

Gloria starrt bedrückt vor sich hin. Leichter? Nein - leichter ist ihr nicht.

Das eine, was ihr Glück auf immer zerstört, bleibt ja doch bestehen: der Mafel, der sich an ihre Geburt heftet und an ihrem Dasein kleben bleibt, immer - immer!

Du sie dem Vater arbeiten half? Arbeiten war doch keine Schande! Daß Fred heute einer anderen Gesellschaft angehört als sie? Ach, Schwestern - Klassen - und Standesunterschiede hat die Zeit verwischt!

Nein, das alles hätten der Stadträtin nie als ernstliche Gründe erscheinen können, um auf einer Weigerung dauernd zu bestehen.

Aber nun! Nun war alles anders. Was sie zu ihren Günstigen hätte vorbringen können, mußte in nichts zusammenstürzen gegen den häßlichen Schandfleck, den ihre Eltern ihr aufgeschloß!

Ein Findelkind! Von den eigenen Eltern vorangetrieben, ein solches Schandgeheißel durfte Fred seiner Mutter nicht bringen, würde die Stadträtin niemals annehmen.

Und sich selbst durfte er es nicht antun. Vor ihm lag eine glänzende Zukunft, er war geehrt, geachtet, bewundert - sein Dasein durfte nicht belächelt werden durch eine Frau, die in Scham die Augen niederschlagen mußte, wenn sie jemand nach ihren Eltern fragte.

Fred, in der Hofstall seiner Liebe, würde das vielleicht nicht so klar und unerträglich erfahren, wie sie selbst, der sein Glück über alles ging.

Die langen Schritte Gloria schweigend zu dem sternüberlarten Nachthimmel empor, und aus der Tiefe ihres Herzens

rang es sich wie ein Gebet: „Wahr im Himmel, du weißt, was Leiden sind! Hilf sie mir tragen! Und weise mich den Weg, den ich gehen muß!“

Zwei Tage später wird Christian Saulenwein zu Grabe getragen

Es war ein stilles, kleines Begräbnis, denn Frau Biegler findet es töricht, für ein pompöses Leidenbegängnis in Leipzig Gesandungen.

Nachdem - mein armer Bruder war nie für das Prunkvolles. Er liebte immer nur Einfachheit und Stille.“

So war von jeder öffentlichen Beamtung abgesehen worden, und dem einfachen Sarg folgten außer den drei Frauen nur der Gärtner Albricht und ein paar Berufscollegen, die zufällig zum Saulenweins Tod erfahren hatten.

Dennoch es entkam eine Gärtnerfamilie, und in dem Gehäuft ihres Vaters hatte Christian Saulenwein seinezeit als Gärtnerburche seine Lehrzeit begonnen.

Viele Jahre später hatte sie, schon als alterndes Mädchen, den Gehäuftsführer ihres Vaters geheiratet, der jung und lebenslustig, wie er war, das Gehäuftso herunterbrachte, daß es mit großen Verlusten verkauft werden mußte.

Die Frau, der Saulenweins Tod glücklich nicht näher ging, als Alma Biegler, schloß sich Gloria beim Leiden begängnis schweigend an, denn sie konnte sie seit vielen Jahren und wußte, wie aufrichtig sie dem Toten zugetan gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Was jeder von der Heilkunde wissen soll und verstehen kann,
sagt Reinhard in seiner neuen Heilkunde für Alle. Das Buch ist eine überragende Leistung. Ein stattlicher Band, 220 Seiten Lesekonformat, 475 Bilder, tadellos gedruckt, vornehm in Ganzleinen geb. 30 Mark. Teilzahlungen. Illustrierte Prospekte mit Lese- und Bildproben kostenlos in den Buchhandlungen oder durch den
VERLAG HERDER, FREIBURG IM BREISGAU

heim gefunden zu haben, auch willig hergaben. Die Aufdeckung des Schwindels konnte natürlich nicht ausbleiben. Die Mieter trafen sich im Hausflur, weil die Türen zur Wohnung jedesmal verschlossen waren und erfuhren so, daß sie nicht die einzigen waren, die die Zimmer gemietet hatten. Man erlittete Anzüge wegen Betruges.
Mina. Waldbrand. Im Vorhause Groß-Grauhof des Staatsforstreviers Bohmen wütete ein großer Waldbrand, durch den etwa 12 000 Quadratmeter Jung- und Nischwald vernichtet wurden. Das Feuer ist vermutlich durch Wegwerfen eines glimmenden Zigaretten- oder Zigarettenrestes entstanden.
Muhla. Wassernot auch in Westphüringen. Hier, wo bisher die Quellen reichliche Wassermengen spendeten, hat sich in der letzten Zeit ebenfalls Mangel an Wasser bemerkbar gemacht, der auf die anhaltende Trocken-

zeit zurückzuführen ist. Das Wasserwerk hat deshalb eine Wasserperre verlegt. Im Höfel- und Kesseltale herrscht gleichfalls Wassernot. Man bohrt sich auch da wieder in verschiedenen Orten der alten Brunnen.
Braunlage (Harz). Die Tragödie eines ehemaligen Hauslehrers. Unweit der großen Sprungschanze am Rumberge fanden Waldarbeiter einen gänzlich erschöpften Mann auf der Erde liegen. Man bemühte sich sofort um den Unglücklichen, der sich nicht mehr zu erheben vermochte. Einer der Waldarbeiter begab sich nach Braunlage zurück, um einen Arzt zu holen. Dieser erlosch sofort mit einem Auto, doch war inzwischen der Mann bereits verstorben. Die Leiche wurde nach Braunlage in die dortige Leichenhalle gebracht. Wie die Nachforschung der Landjäger ergeben hat, handelt es sich um einen früheren Hauslehrer Staat aus Berlin, der sich schon seit einiger Zeit im Harz aufhielt und nur noch von Pilzen und Waldbeeren lebte, da er keinerlei Verdienst mehr hatte und auch wohl wegen seines Alters keine Beschäftigung mehr erlangen konnte.

Eberswalde. Zur Raubmordaffäre Eliebrandt. Bei Eettin wurde nachts der 48 Jahre alte Landstreicher Hermann Bahls unter dem Verdacht, den Raubmord an der Zigarettenhändlerin Eliebrandt in Eberswalde verübt zu haben, verhaftet und der Vormittags in Eberswalde juggeführt. Ein zweiter Landstreicher, der vor einigen Tagen unter dem gleichen Verdacht in Haft genommen wurde, der Befähigte Johannes Danzig, verübte nachts im Polizeigefängnis in Eberswalde durch Öffnen der Pulsadern einen Selbstmordverlauf. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, doch ist sein Zustand nicht lebensgefährlich. Keiner der Verhafteten hat das Verbrechen bisher zugegeben, immerhin glaubt man, daß sie mit dem Raubmord in Verbindung stehen.

Straßenschlacht in St. Pauli.
Mit Werten wird ein Lokal erlöset.

— Hamburg, 15. September.
Nachts fanden im Vergnügungsviertel St. Pauli zwei größere Schlägereien zwischen Mauern und Zimmerleuten auf der einen und umherstreifenden Weuten, die wahrscheinlich von den Handwerkern als den Zuhältertreiben angehörig angesehen wurden, auf der anderen Seite statt.
Am ersten Falle, der sich auf der Straße abspielte, wurden mehrere Personen leicht verletzt. Sechs Personen mußten festgenommen werden. Am zweiten Falle ergriffen die Werten bewaffnete Zimmer- und Wandarbeiter eine in der Silberstraße befindliche Wirtschaft, jagten die Gäste hinaus und zerstörten das Lokal. Auch dort gab es einige Leichtverletzte. Fünf Personen wurden festgenommen.
Die Streitenden konnten nur durch tatkräftiges Eingreifen der Polizei getrennt werden. Die Vorgänge dürften noch ein ernstes gerichtliches Nachspiel wegen Landfriedensbruchs usw. zur Folge haben.

Deutsche Illustrierte heute neue Nummer bei **H. H. Arnold**
Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landestirche
Dienstag, abends 8 Uhr
Bibelstunde
im **Bürgeraal.** Prediger Westermann - Wittenberg.
Dazu wird herzlich eingeladen.

Alle gangbaren Sorten
Dünger
zur Herbstbestellung
hat auf Lager
Förbiger Bauverein von Schröder, Körner & Co.
Kon.-Gesellschaft auf Aktien
Niederlage Kemberg — Fernruf 215

Begzugshalber verkaufte ich freihändig gegen sofortige Zahlung eine **Anzahl guterhaltener Möbel** (Bettsofa, Anrichte, Sofa, Tisch, Stühle, Kommode, Bett u. a.) und **Wirtschaftsgegenstände** (Küchenherd, Regulator, Waage mit vollständigem Satz Gewichte, Kleiderhänder, Kronleuchter aus Bronze u. a.)
Beschichtigung gern gestattet.
Meyer, Prospekt R., Leipzigerstr. 50

Empfehle täglich frisch
la Fettbücklinge
ger. Schellfisch
ger. Lachs
la. Räucheraal
mar. Seringe
prima Speiseleinöl
Reinhold Hartmann,
Delikatengeschäft

Sauerkohl
Preiselbeeren
Fettbücklinge
empfehle
Otto Quinque, Kreuzstraße 15
Gestern nachmittag gegen 5 Uhr auf dem Wege von Bergwitz nach Kemberg ein

ff. Vollheringe
frisch eingetroffen bei
Wwe. W. Becker

Belztragen
verloren. Gegen Belohnung abzugeben in der Kemberger Zeitung.

Musgewürz
extrafein und frisch
empfehle **E. G. Pfeil**

Lesen Sie die **Berliner Morgen-Zeitung**
mit der illustrierten Wochenbeilage „Jede Woche Musik“, aktuellen, vollständigen Leitartikeln, mod. Romanen und unterhaltenden und belehrenden Abteilungen
monatlich für **1,70** Goldmark
ausschließlich Zustellung Jedermann in den Provinzialstädten und auf dem Lande sollte dieses vorzähl. Blatt neben seinem Lokaltblatt lesen.
Auf Wunsch zur Probe eine Woche gratis.
Hier abtrennen, dann ausfüllen u. d. Post oder d. Briefträger übergeben
Post-Bestellschein
Für nachbenannte Bezugszeit bestellt
Herr — Frau
Exempl. Benennung der Zeitungen usw. Bezugszeit Betrag Goldmark
1 Berliner Morgen-Zeitung Oktober 1929 1,70
Quittung.
Obige _____ Mark _____ Pf. sind heute richtig bezahlt.
1929 _____ Post-Annahme.

Zentralheizungen
aller Art
Warm- u. Kaltwasser-
versorgungsanlagen
führt sachgemäß bei billigster Berechnung aus
Ernst Kreuz, Ing.
Neumühlweg
Zum **Muskochen**
empfehle
feinstes Musgewürz
ff. Rübensaft
billig **S. G. Glaubig**
Café Irmer
Sonntag, den 22. Sept
Ernte-Fest

Voranzeige
Sonnabend, den 21. September
Einweihung
meiner gesamten Lokaltäten.
Erich Schühe
Frisches **Rindfleisch**
frische Flecke
Willy Häh
Speiserübensaft
frisch eingetroffen
Wwe. W. Becker empfiehlt
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Heimgange unserer lieben Entschlenen sagen wir allen unsern aufrichtigsten Dank.
Rotta, den 16. September 1929.
Otto Weißwange.

MARGARINE
Rama
im **Blauband**
doppelt so gut.
Das Gute zum Guten, um Bestes zu bieten!
Rama-Qualität - Blauband-Qualität.
vereinigt zur höchst-Qualität:
Rama im Blauband doppelt so gut.
1/2 Pfd 50 Pfg
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität



Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Allseitiges Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Genuß, Betriebsstörungen, Streik usw. ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise Reliancezeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Werbung unbedeutend gescheitert oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mfr. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 110

Dienstag, den 17. September 1929

31. Jahrg.

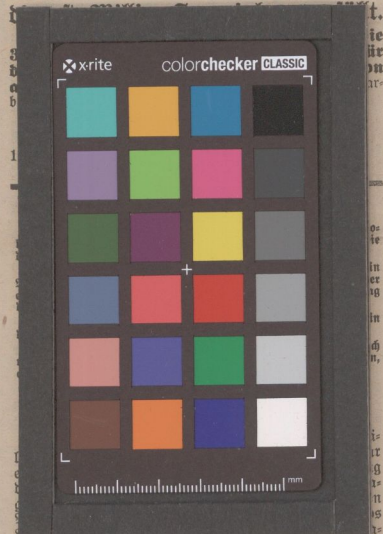
Mittwoch, den 18. September, um 18 Uhr Feuerwehr-Hauptübung.

Sämtliche Mannschaften der Pflichtfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr sind zur Teilnahme verpflichtet. Versäumnisse werden unachtsichtlich bestraft.

Sammelort: Spriegenhaus.
Kemberg, den 13. September 1929.
Die Polizeiverwaltung.
Diege.

Sparprämien-Verteilung.

Vorausichtlich in der Zeit vom 14. bis 30. September wird bei unserer Sparkasse



ten hinarbeiten, ist ja nichts anderes als diese Beachtung der wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die nach dem politischen Streit der letzten Jahre die internationalen Beziehungen beherrschen werden. Aber Briand hat seine erste so zuverlässig und großzügig klingende Anregung wieder abgelehnt, der Plan einer Vereinigung der europäischen Staaten ist noch zu ungenau, es scheint nicht so sehr das Ziel einer Sicherung der französischen Vormachtstellung mit wirtschaftlichen statt politischer Mittel zu verfolgen, daß man es eben nur mit einem Projekt und mit nichts anderem zu tun hat. Die großzügig klingenden Vorstöße von Gesamtlösungen hatten ja meist einen viel weniger konkreten Inhalt als die Versuche, durch Lösung von Einzelfragen und etappenweisen Fortschreiten neue Entwicklungen herbeizuführen. Infolgedessen wird weit mehr als Briands Anregung die anderen Pläne zu werten, die jetzt in Genf vorgebracht worden sind, und die eine allmähliche wirtschaftliche Annäherung vorsehen.

Unter diesen Plänen spielt die Hauptrolle das Projekt eines zweijährigen Zollfriedens, das zuerst von Belgien und später von den Engländern vorgeschlagen worden ist. Man denkt dabei an eine Konvention, durch die sich alle beteiligten Staaten verpflichten würden, während eines Zeitraumes von zwei Jahren keine Zollverordnungen vorzunehmen. Man will die in Genf vertretenen Regierungen auffordern, bis Ende November grundsätzlich zu diesem Projekt Stellung zu nehmen, damit dann das Sekretariat des Zollfriedens die Antworten der einzelnen Regierungen bearbeiten und für den Januar eine internationale Regierungskonferenz vorbereiten kann, deren Aufgabe es sein müßte, die Richtlinien dieses Zollfriedens auszuarbeiten. Das Projekt sieht auf den ersten Blick nicht ungünstig aus. Es würde selbstverständlich eine Verbilligung der Wirtschaftsverhältnisse in Europa bedeuten, wenn die einzelnen nationalen Wirtschaftsfragen für einen längeren Zeitraum kalkulierbar könnten, ohne die Lebenslagen

durch neue Zollverordnungen mit in Rechnung stellen zu müssen. Sobald man aber die Umstände betrachtet, unter denen dieser Zollfrieden verwirklicht werden soll, ergeben sich mancherlei Bedenken. Zunächst ist der Zeitraum von zwei Jahren doch recht kurz gewählt, um wirklich eine Verbilligung des Wirtschaftslebens eintreten zu lassen.

Die Vereinbarungen und Beschlüsse des Zollfriedens haben immer das Ziel gehabt, den bestehenden Zustand zu befestigen, ohne Rücksicht darauf, daß dieser bestehende Zustand recht ungleiche Existenzbedingungen für die einzelnen Staaten mit sich bringt. Es kann nicht das Ziel eines solchen Zollfriedens sein, diese Ungleichheit der Existenzbedingungen zu verringern. Man weiß, daß die Mehrheit der europäischen Staaten in der letzten Zeit eine ausgesprochene Hochkonjunktur erlebt hat, die Fälle in regelmäßigen Abständen gezeichnet hat — allen Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenzen zum Trotz. Man weiß aber auch, daß andere Staaten in dem Bereiche, zu einem Abzug der Zollfranken zu kommen, ihre eigenen Zolltarife möglichst niedrig hielten. Soll nun ein Zollfrieden diese niedrigen Tarife der einen, wie hohen Tarife der anderen Staaten auf Jahre hinaus festlegen? Müßte nicht die Voraussetzung eines solchen Zollfriedens eine Angleichung der Zollsätze sein? Es geht nicht an, daß man bei dem Abschluß eines Zollfriedens die einzelnen Staaten ungleich behandelt. Daraus ergibt sich, daß auch dieses Projekt, obgleich es viel konkreter erscheint als Briands Plan einer großen wirtschaftlichen Union, doch noch langer Verhandlungen bedarf, ehe man zu Vereinbarungen kommen kann. Und Verhandlungen, in denen von vornherein eine gleichmäßige Behandlung der Staaten gesichert wird, sind umso dringender notwendig, als ja ein solcher Zollfrieden nicht als Ding an sich betrachtet werden darf, sondern als Vorstufe zu einer allgemeinen internationalen Zusammenarbeit, als erstes Glied unter Briands Schlagwort der vereinigten Staaten von Europa fallen, oder ob es für einen anderen Namen erhalten wird.

Und noch ein anderes Bedenken ergibt sich. Der Zollfriede hat sich gerade jetzt mit jener Konvention beschäftigt, die eine allgemeine Aufhebung der Ein- und Ausfuhrzölle vorhat. Diese Konvention sollte am 1. Januar in Kraft treten, wenn sie von 18 Staaten ratifiziert wäre; bis jetzt haben nur 12 Staaten ratifiziert, und es ist deshalb höchst zweifelhaft, ob jene vor langer Zeit zustandgekommene Konvention Wirklichkeit werden wird. Es zeigt sich also, wenn auch die Vertreter der einzelnen Staaten in Genf stets viel von der internationalen Zusammenarbeit sprechen, eine deutsche Verzögerungspolitik mancher Regierungen und Parlamente. Auf dieser unsicheren Basis kann man weder einen Zollfrieden aufbauen, noch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Und jene Regierungen, die erstlich die Zusammenarbeit und den Zollfrieden wünschen, sollten sich deshalb zunächst einmal bemühen, die Widerstände ihrer heimatischen Behörden und Parlamente in den Nebenfragen zu überwinden. Das erscheint als dringendste psychologische Vorstufe, um das Vertrauen zu schaffen, das die Grundlage jeder großzügigen Zusammenarbeit sein müßte.

Rheinlanddrängung und Saarfrage. Eine Veröffentlichung der Reichsregierung.

— Berlin, 15. September.

Die Reichsregierung veröffentlicht den Wortlaut der auf der Haager Konferenz getroffenen politischen Vereinbarungen über die Räumung des Rheinlandes und über die Aufnahme deutsch-französischer Verhandlungen wegen der Saarfrage.

Das erste Schriftstück ist eine Vereinbarung der Minister Stresemann, Symans, Henderson, Briand und des italienischen Vertreters Grandi, die u. a. feststellen, daß die deutsche, belgische und französische Regierung hinsichtlich der Besetzung der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrages

„darüber einig sind, daß die Aufgabe, eine gütliche Regelung jener Schwierigkeiten herbeizuführen, von den Kommissionen erfüllt wird, die durch die in Locarno am 16. Oktober 1925 von Belgien und Frankreich mit Deutschland abgeschlossenen Schiedsabkommen errichtet worden sind. Diese Kommissionen haben abkommen erreicht, die in diesem Sinne die Verfahren und mit den Schwierigkeiten der bezeichneten Art erfüllt, wird es entweder der deutsch-belgischen Vergleichskommission oder der deutsch-französischen Vergleichskommission übertragen.“

Diese Vereinbarung läßt die in solchen Fällen anwendbaren allgemeinen Bestimmungen unberührt; insbesondere bleiben die allgemeinen Bestimmungen des Rates und der Bundesversammlung des Zollfriedens, sowie die einstige Anwendung des Artikels 225 des Vertrages von Versailles über die Zolltarife

nen vorbehalten. Ebenso verhält es sich, daß jede der Signatarmächte des in Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien abgeschlossenen Vertrags das Recht behält, jederzeit wegen dieser Schwierigkeit gemäß Artikel 4 dieses Vertrags den Zollfriede anzukündigen. — Diele Vereinbarungen und die Abmachung über die grundsätzliche Annahme des Planes vom 17. Juni 1929 (des Youngplans) sind gegenseitig voneinander abhängig.“

Das folgende Schriftstück ist eine Note der Regierungen der Besatzungsmächte an die deutsche Regierung, die die Räumungsbestimmungen enthält. Bemerkenswert ist die eindeutige Feststellung, daß

„die Räumung der 3. Zone durch die französischen Truppen unmittelbar nach der Ratifikation des Youngplans durch das deutsche und französische Parlament und der Abgangnahme dieses Planes beginnen wird. Die Räumung wird ohne Unterbrechung und so schnell durchgeführt werden, wie es die natürlichen Bedingungen erlauben; sie wird in jedem Falle spätestens in einem Zeitraum von 8 Monaten, der sich jedoch nicht über das Ende des Monats Juni 1930 hinaus erstrecken darf, beendet werden.“

Von darüber hinausgehenden Vorbedingungen für die Räumung wie sie in letzter Zeit in der französischen Presse erwähnt worden sind, enthalten die amtlichen Saager Schriftstücke kein Wort.

Das folgende Schriftstück ist ein Befehlsgeschreiben des Reichsaussenministers. Darauf folgt ein Verzeichnis der rechtliche Einzelheiten des Räumungsvorganges betreffend.

Abchnitt 5 dieser Note befaßt, die deutsche, belgische und französische Regierung sind übereingekommen, daß aus Anlaß der Räumung eine Anleihe für Sanierungen erlassen wird, die mit der Belegung in Zusammenhang stehen. Die Einzelheiten sollen in einer gemeinsamen Vereinbarung von Bevollmächtigten der Regierungen festgelegt werden, die in kürzester Frist in Koblenz zusammenzutreten und ihre Arbeiten für den 1. Oktober 1929 beenden haben. Ebenfalls sollen die Bevollmächtigten der Regierungen geeignete Garantien in Aussicht nehmen. Die deutsche Regierung soll feststellen (Abchnitt 6), daß die deutschen Gerichte nicht zuständig sind, Straftatenden der Besatzungsmächte zu verfolgen. Abchnitt 7 regelt die Befreiung von Steuern und Zöllen. Es folgen weitere Bestimmungen über die Räumung und eine englische Note über rechtliche Einzelheiten und Verhandlungsmöglichkeiten bei der Räumung.

Die Saarverhandlungen.

Von besonderer Wichtigkeit ist der deutsch-französische Notenverlauf über die Saarverhandlungen. Der amtliche Wortlaut lautet:

Stresemann an Briand:

Mit Beziehung auf unsere Besprechungen über die alsbaldige Lösung der Saarfrage, beehre ich mich, Euer Excellenz hiermit das beiderseitige Einverständnis darüber zu bestätigen, daß unter Vorbehalt der politischen Rechte der Saarbevölkerung die mit dieser Frage zusammenhängenden Einzelheiten zum Gegenstande deutsch-französischer Verhandlungen gemacht werden sollen, die alsbald in Paris beginnen und soweit irgendmöglich, in einem Zuge zu Ende zu führen sind.

Briand an Stresemann:

Mit Beziehung auf unsere Besprechungen über die alsbaldige Lösung der Saarfrage beehre ich mich, Eurer Excellenz hiermit das beiderseitige Einverständnis darüber zu bestätigen, daß unter Vorbehalt der politischen Rechte der Saarbevölkerung die mit dieser Frage zusammenhängenden Einzelheiten zum Gegenstande deutsch-französischer Verhandlungen gemacht werden sollen.

Stand der Arbeitslosenversicherung.

Ein vorläufiges Kompromiß.

— Berlin, 15. September.

In neuen Verhandlungen über Kompromißanträge für die Reform der Arbeitslosenversicherung nahmen neben der Reichsregierung und der preussischen Regierung auch Vertreter von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden teil.

Für die höher entlohnenden Saisonarbeitende soll die Beitragsschuldung von 3 auf 4 1/2 Prozent erhöht werden, für alle übrigen Beschäftigten, wie schon die Regierung vorschlug, von 2 auf 3 Prozent. Für jedige Arbeiter unter 45 Jahren soll die Anwartschaftszeit so festgelegt werden, daß erst nach 52 Wochen der Anspruch auf volle Unterstützung erworben wird; bei kürzerer Anwartschaftszeit sollen die Bedingungen entsprechend vermindert werden. Die Beiträge für jedige soll, wie in dem Entwurf der Regierung, auf vierzehn Tage ausgedehnt werden.

Zur Deckung des errechneten Fehlbetrags fehlen aber immer noch etwa 30 Millionen Mark. Falls leitens der Arbeiter kein Widerspruch erhoben wird, rechnet man damit, daß das Kompromiß am Montag vom Reichstag verabschiedet werden kann, worauf es dem Reichstag zugestellt werden wird.

Langsame Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Nach den einschlägigen Berichten der Landesarbeitsämter hat die Zahl der Hauptunterstützungsbefähigten in der Arbeitslosenversicherung — die in der Zeit vom 1. bis 15. August zum ersten Mal wieder eine Steigerung aufwies — in der zweiten Monatschiffre in geringem Umfange weiter zugenommen hat und zwar von rund 716 000 auf 726 000, d. h. um 9800 Personen oder 1,4 p. h. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die Männer, während bei den Frauen auch diesmal noch ein Rückgang zu verzeichnen ist. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsbefähigten betrug am 31. August 529 500, die der weiblichen rund 196 000.